

Was ist zu tun?

Lassen Sie mich kurz auf meine Erfahrungen hier im **Süden von Sachsen-Anhalt** eingehen.

Der Start der kommunalen Verbände wurde durch Gemeindevertreter (Bürgermeister und Gemeinderäte) organisiert. Durch mangelnde Kompetenz und Korruption entstanden oft genug finanzielle Problemlagen für die Bürger, die nur durch massive Finanzleistungen des Landes einigermaßen erträglich gestaltet werden konnten.

Gegen Ende der 1990-er Jahre schwappte die Welle der Privatisierung über die Verbände herein und abermals wurde für die Bürger infolge mangelnder Kompetenz der Verbandsräte in technischer (siedlungswasserwirtschaftlicher) und ökonomischer (volks- und betriebswirtschaftlicher) Art die Gebühren- und Beitragslast noch schlimmer.

Die Beschlüsse werden nun einmal durch die Verbandsversammlung getätigt und wenn man die Inhalte der Vorlagen nicht bewerten kann, wird mit den Verbandsräten "Ping-Pong" gespielt.

Die Privaten wollen ganz einfach Profit erzielen. In vielen Zweckverbänden wurde der ehrenamtliche Geschäftsführer eingeführt, der eine kommunale Aufsicht und Kontrolle gewährleisten sollte. Meist wurde es einer, der von seinen Aufgaben nichts verstand und manchmal half er gegen zusätzliche Vergünstigungen sogar noch, dem Bürger das Fell über die Ohren zu ziehen.

Es hat zunächst den Anschein, daß wir nur die Wahl zwischen Pest und Cholera haben.

Leider scheint auch die sachsen-anhaltinische Förderstrategie ein einziges Desaster zu sein, denn aus welchen Gründen auch immer, spielen Ökonomie und Ökologie bei den Verantwortlichen im anhaltinischen Umweltministerium keine Rolle. Ähnliches erlebt man bei den unteren Behörden.

Was tun?

(Ist, ich glaube ein zu DDR-Zeiten oft gebrauchtes Leninwort.)

Die Verbände sollten eine wirtschaftliche Größenordnung haben, damit man sich in der Verwaltung einen guten Betriebswirt und einen guten Wasserwirtschaftler leisten kann: Die Verbandsräte müssen ein Mindestmaß an Sachkompetenz mitbringen.

Für Gebühren und Beiträge muß es eine politische Vorgabe nach wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Versorgungsgebietes geben und danach sind technische Lösungen einschließlich Fördermaßnahmen zu suchen, die diesen Vorgaben nahe kommen.

Wenn das alles unter kommunaler Herrschaft geschieht und es genügend dem Bürger gegenüber verantwortliche Verbandsräte gibt, dürfte das Problem zur Zufriedenheit vieler lösbar sein. Dann wird bei der Versorgungspflicht kein profitgieriger Privater benötigt!

Vielleicht steht Sachsen-Anhalt so schlecht da, weil es mittlerweile viel zu viel etablierte Dummheit gibt? Helle Köpfe erkennen das Dilemma und suchen ihr Heil im Weggang!

Ich beende meine Erkenntnisse an dieser Stelle, denn es würde möglicherweise ein Schreiben ohne Ende.

Beste Grüße von

Frank Schulz

aus Bad Bibra

Samstag, 25. Mai 2013